



Fluchtursachen in den Fokus: Verantwortung übernehmen

Friedensgutachten 2016 in Berlin übergeben



Das Herausgeber/-innenteam mit Mitgliedern des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention. Margret Johannsen übergibt das Friedensgutachten 2016 dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Wolfgang Hellmich (SPD). Foto: © Deutscher Bundestag/Achim Melde

65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Auf oftmals lebensgefährlichen Wegen landeten mehr als eine Million in Deutschland. Das Friedensgutachten 2016 setzt sich mit der größten Fluchtbewegung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs auseinander: mit ihrer humanitären Bedeutung, ihren politischen Folgen und der Bewährungsprobe, auf die sie Politik und Gesellschaft stellt. Es thematisiert den Zusammenhang von Krieg, Repression, Welthandelsordnung und Flucht, nimmt Schauplätze wie Syrien, den Libanon und die Türkei sowie Akteure wie Russland oder den Islamischen Staat (IS) in den Blick, rückt Staatsversagen und Staatszerfall als Fluchtursache in den Vordergrund und stellt fest: „Wenn autoritäre Regime sich nur mit Repression an der Macht halten, wenn Staatsapparate keine Leistungen für das Gemeinwesen erbringen, münden soziale, politische und regionale Konflikte leicht in Gewalt und beschleunigen den Zerfall staatlicher Strukturen.“

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf deutschen Institute für Friedens- und Konfliktforschung. Es erschien 2016 zum 30. Mal und ist seinem Mitbegründer Egon Bahr gewidmet. Gefördert durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) wird es 2016 herausgegeben von Margret Johannsen (IFSH), Bruno Schoch (HSFK), Max M. Mutschler (BICC), Corinna Hauswedell (FEST) und Jochen Hippler (INEF).

Die Gesamtedition lag turnusgemäß in Hamburg. Die

Aufsätze aus dem IFSH verfassten Christiane Fröhlich, Regina Heller und Martin Kahl zusammen mit Stephan Hensell.

Die Herausgeber/-innen warnen in ihrer Stellungnahme „Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen“ davor, die Möglichkeiten einer Einwirkung von außen zu überschätzen. Die Regimewechselkriege in Afghanistan, im Irak und in Libyen sollten eine Lehre sein: „Dem Sturz der Potentaten folgten gesellschaftliche Fragmentierung und der Zusammenbruch staatlicher Strukturen“. Sie plädieren zur Beendigung von Bürgerkriegen für möglichst inklusive Verhandlungsprozesse. Deutliche Kritik üben sie an Waffenlieferungen in Krisengebiete und schließen sich der Forderung des Europäischen Parlaments nach einem Waffenembargo gegen Saudi-Arabien an. Sie fordern ein Rüstungsexportgesetz, das die bisherigen politischen Richtlinien einschließlich der Neuerungen der Kleinwaffengrundsätze von 2015 rechtlich verbindlich regelt.



Auch zur umstrittenen Frage der deutschen Beteiligung am Krieg gegen den Islamischen Staat nimmt das Friedensgutachten Stellung. Auf der Basis von zwei Einzelbeiträgen über den IS stellt es fest: Die Zukunft des IS und seines extremistischen Staatsprojekts werde sich nicht militärisch, sondern politisch entscheiden. Dazu führt das Gutachten aus: Legitime und funktionierende Staatlichkeit im arabischen Raum ist unverzichtbar, um dem apokalyptischen Heilsversprechen des IS die Glaubwürdigkeit zu entziehen. Dringend erforderlich sind zudem hinreichend finanzierte Präventionsprogramme gegen die verführerischen Identifikationsangebote des IS in Europa, um dem hausgemachten Dschihadismus die soziale Basis zu entziehen. Zudem lasse sich aus den Pariser Anschlägen vom November 2015 kein Recht auf Selbstverteidigung im Sinne einer militärischen Intervention ableiten. Die Teilnahme an „Koalitionen der Willigen“ stößt auf Ablehnung. Stattdessen müsse es mittelfristig darum gehen, die robusten Fähigkeiten der UNO zu stärken. Der Abschiebung afghanischer Flüchtlinge in vermeintlich sichere Zonen in Afghanistan setzt das Friedensgutachten seinen Befund entgegen: „Es gibt keine sicheren Zonen in Afghanistan.“ Daraus folgert das Gutachten, „Kriegsflüchtlingen aus Afghanistan weiterhin Schutz und Aufenthalt in Deutschland zu gewähren“.

Unter dem Motto „Verantwortung übernehmen“ widmet sich das Jahrbuch eingehend der Zerreißprobe, vor die das Fluchtgeschehen Europa stellt. Es nimmt nationale Alleingänge und Externalisierungsstrategien beim Management der Flüchtlingsfrage unter die Lupe, setzt

sich mit den Herausforderungen durch Einwanderung und Integration auseinander und stellt fest: Wenn Integration für die Eingereisten und die einheimische Bevölkerung gelingen soll, müsse man sie zusammen mit der sozialen Frage denken. „Integration nimmt gerade im – gewaltfrei ausgetragenen – Konflikt Gestalt an“ heißt es im Gutachten.

Die Herausgeber/-innen stellten das Friedensgutachten 2016 am 7. Juni auf der Bundespressekonferenz vor und erörterten ihre Befunde auf einer dreitägigen Tournee durch das politische Berlin mit Bundestagsabgeordneten auf Fraktionsebene, in Ausschüssen und Arbeitskreisen, in der Auslandsabteilung des Bundespräsidialamts, im Planungsstab des Auswärtigen Amts, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Rahmen des Sicherheitspolitischen Dialogs des Verteidigungsministeriums sowie mit Vertreter/-innen von Pax Christi/Weltfriedensdienst.

Das „Abendforum“ der Evangelischen Akademie zu Berlin, die zusammen mit den fünf Instituten in die Französische Friedrichstadtkirche eingeladen hatte, thematisierte die Fluchtproblematik unter der Perspektive „Europas doppelte Verantwortung“. Moderiert von Bettina Gaus (taz) setzten sich Nicole Deitelhoff (HSFK) und Andreas Heinemann-Grüder (BICC) mit dem Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth über die Frage auseinander „Was Fluchtgeschehen und Flüchtlingspolitik mit Europa machen“.

*Kontakt: Margret Jobanssen
jobanssen@ifsb.de*

www.friedensgutachten.de

Dritter Deep-Cuts-Bericht in Moskau diskutiert

Am 20. Juni 2016 veranstaltete das IFSH in Zusammenarbeit mit dem Moskauer Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Primakov Institut für Globalökonomie und Internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften eine eintägige Veranstaltung unter dem Titel „Restraint and Dialogue: Improving European Security and Arms Control“. An dem internationalen Workshop nahmen insgesamt rund 40 Teilnehmer/-innen aus Russland, den USA und Deutschland teil. Für IFAR²



Teilnehmer des Workshops (v.l.n.r.): Victor Mizin, Ulrich Kühn, Götz Neuneck, Hans Kristensen, Victor Esin

waren Ulrich Kühn und Götz Neuneck anwesend. Die Eröffnungsrreden wurden von Alexei Arbatov (MEMO) und David Holloway (CISAC, Stanford University) gehalten.

Im Zentrum der Diskussionen standen die Vorschläge des ebenfalls am 20. Juni veröffentlichten dritten Empfehlungsberichts der Deep-Cuts-Kommission. Inhaltlich konzentrierten sich die Teilnehmer vor allem auf die sich rapide verschlechternde Sicherheitssituation zwischen der NATO und Russland rund um das Baltikum. Die auf dem Warschauer Gipfel der NATO (8.-9. Juli 2016) zu erwartenden Nachrüstungsmaßnahmen trübten aus russischer Sicht die Aussichten auf eine mögliche zeitnahe Verständigung mit der westlichen Allianz. Wolfgang Richter (SWP) verwies in diesem Zu-

sammenhang vor allem auf die noch immer bestehende Möglichkeit eines reziproken und überprüfbaren sub-regionalen Rüstungskontrollregimes für die weitere baltische Region. Die folgenden Sitzungen widmeten sich vor allem der Erhaltung der weiteren strategischen Nuklearstabilität zwischen den USA und Russland – besonders dem New-START-Vertrag. Dabei drückten die anwesenden amerikanischen Experten (Hans Kristensen von der Federation of American Sciences, Adam Mount vom Center for American

Progress und Greg Thielmann von der Arms Control Association) ihre Besorgnis über die Perspektiven der strategischen nuklearen Rüstungskontrolle aus. Vor allem vor dem Hintergrund des stark infrage gestellten Vertrags über die Begrenzung von Mittelstreckensystemen (INF) sei es unwahrscheinlich, dass der U.S.-Kongress zukünftig weiteren Rüstungskontrollmaßnahmen zustimmen würde, so die einhellige Meinung. Zum Abschluss der Tagung analysierten die Teilnehmer/-innen die nuklearen Modernisierungsprogramme der USA und Russlands und kritisierten dabei teils scharf die Anschaffung militärisch redundanter Nuklearsysteme wie die geplante neue amerikanische luftgestützte Abstands-Waffe (LRSO).

Kontakt: Ulrich Kühn

kuehn@ifsb.de



Workshop über sicherheitspolitische „Narrative“ in Genf

Auf Einladung des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik (GCSP) veranstaltete die Studiengruppe „European Security – Challenges at the Societal Level“ des OSZE-Netzwerks im neuen futuristischen „Maison de la Paix“ des GCSP in Genf am 27./28. Mai 2016 ihren ersten Workshop.

Die üblichen sicherheitspolitischen Workshops folgen fast immer demselben bipolaren Diskussionsmuster: Russland und der Westen. Diesmal jedoch war der Fokus der Diskussion grundlegend anders: Die zwei Dutzend Workshopteilnehmer/-innen aus dreizehn Ländern diskutierten dreizehn sogenannte länderbezogene sicherheitspolitische Narrative. Das sind Eliten- und Bevölkerungsperzeptionen über den Charakter der Sicherheitsbeziehungen in Europa, die Frage, welche Bedrohungen wahrgenommen werden, wer „Schuld“ an der gegenwärtigen Verschlechterung der Beziehungen hat, welche gemeinsamen Interessen es gibt und welche Art von Beziehungen in Europa man anstreben sollte.

Es stellte sich heraus, dass es weder im Westen noch im russischen Umfeld einheitliche Positionen gibt. Zum Beispiel unterscheiden sich sogar die offiziellen Positionen von Belarus und Kasachstan grundlegend von der russischen Perzeption, insbesondere nach der Ukraine Krise.



Die Teilnehmer/-innen der Studiengruppe „European Security – Challenges at the Societal Level“ des OSZE-Netzwerks

Dasselbe gilt für den Westen, wo insbesondere die Perzeptionen von Russland weit streuen von einem klaren „Russland ist eine Bedrohung“ bis hin zu einer Position „die USA sind verantwortlich“, wie etwa französische Neogaullisten es sehen würden. Dieser Fokus auf verschiedene Narrative, der einen der innovativen Ansätze des Projekts ausmacht, wurde von den Teilnehmer/-innen als sehr vielversprechend empfunden. Der zweite innovative Ansatz besteht darin, sich nicht auf die zwischenstaatliche Ebene zu beschränken, sondern Fragmentierungslinien auf gesellschaftlicher Ebene mit den inter- und transnationalen Beziehungen zu verbinden. Nun besteht die nächste Herausforderung für die Studiengruppe darin, das Material der Ländernarrative in einen konsistenten Bericht über europäische Sicherheit zu übersetzen, was in dieser Form bisher noch nicht versucht wurde. Das Projekt wird von Deutschland, Finnland, Österreich und der Schweiz unterstützt.

Kontakt: Wolfgang Zellner

zellner@ifsb.de

Workshop „Urban (In)Securities“ in Berlin

Am 19. Mai 2016 nahm Sybille Reinke de Buitrago am Panel „Urban (In)Securities: The City as Target. The Interplay between City Planning, Securitization and International Politics“ in Berlin teil. Das Panel wurde von Nadine Godehardt, SWP und dem Aedes Metropolitan Laboratory/Aedes Network Campus Berlin in Kooperation mit der ZEIT-Stiftung organisiert. Im Fokus standen die Stadt als Ziel verschiedener Bedrohungen und Unsicherheiten und die entsprechenden politischen, gesellschaftlichen, technologischen, baulichen und stadtplanerischen Antworten. Sybille Reinke

de Buitrago erörterte das Thema der urbanen Sicherheit im Kontext internationaler Sicherheit. Vor dem Hintergrund der Faktoren Wahrnehmung, Diskurs, Raum und Macht betonte sie zum einen das (inter-)subjektive Gefühl von Sicherheit im urbanen Raum. Zum anderen wies sie auf den Aspekt der Stadt als physisches aber auch als soziales und politisches Konstrukt mitsamt dessen politischer Bedeutung und



Bildunterschrift v.l.n.r. Nadine Godehardt, Jürgen Häpp, Hubert Nienhoff, Stephan Graham, Sybille Reinke de Buitrago

daraus resultierenden Verwundbarkeiten hin. Sie illustrierte dies mit Verweis auf die Ereignisse des 11. September 2001 in den USA und die Veränderung der Sicherheitsmaßnahmen in der Stadt Washington DC. Abschließend verwies sie auf Dynamiken der Versicherheitlichung, z.B. Beiträge zu latenten Gefühlen von Unsicherheit oder zum Nebeneinander von sichtbaren und unsichtbaren Sicherheitsmaßnahmen.

An dem Panel nahmen außerdem Prof. Stephan Graham (Universität of Newcastle), Jürgen Häpp (Arup, Frankfurt) und Hubert Nienhoff (gmp von Gerkan, Marg und Partner, Hamburg) teil. Als Koreferenten nahmen Prof. Jon Coaffee (Universität Warwick) und Mohammadbagher Forough (Universität Groningen) teil.

Weitere Informationen unter: <<http://www.ancb.de/sixcms/detail.php?id=16694988#VOLKN5GLTDC>>.

Kontakt: Sybille Reinke de Buitrago

reinkedebuitrago@ifsb.de



P E R S O N A L I A P U B L I K A T I O N E N



Seit Anfang Juni 2016 arbeitet **Esther Somfalvy** als wissenschaftliche Mitarbeiterin am CORE/IFSH. Zusammen mit Anna Kreikemeyer bereitet sie einen Antrag zum Thema „Beziehungen zwischen der EU und Zentralasien“ vor. Nach ihrem Studium der European Studies in Passau und Kazan und der Politikwissenschaft in Bremen war Esther zunächst im Eurasia Competitiveness Programme der OECD in Paris tätig. Zentralasien ist nicht nur ihr Arbeitsschwerpunkt am IFSH, sondern auch ihrer Doktorarbeit an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS). Im Rahmen ihres Dissertationsprojektes untersucht sie die Praxis parlamentarischer Repräsentation in Kasachstan und Kirgisistan. Dabei geht sie insbesondere der Frage nach, ob und wie sich eingeschränkter Wettbewerb bei Wahlen auf das Tätigkeitsprofil der Abgeordneten sowie auf das Verhältnis zwischen Abgeordneten und ihren Wählern auswirkt.
Kontakt: Esther Somfalvy somfalvy@ifsh.de

Praktikant/-innen des EU-Nichtverbreitungskonsortiums

Seit dem 13. Juni 2016 weilen zwei vom EU-Nichtverbreitungskonsortium geförderte Praktikant/-innen am IFSH. Thematisch beschäftigen sich die aus dem Iran stammende **Parisa Farhadi** mit der Darstellung des iranischen Nuklearprogramms in den internationalen Medien und der Historiker **Ole Zimmermann** mit der Evolution der Nichtverbreitungsnorm innerhalb der sowjetischen Wissenschaftscommunity. Eine dritte EU-geförderte Praktikantin wird im September die Arbeit am IFSH aufnehmen.

Kontakt: Parisa Farhadi parisafarhadi87@gmail.com
Ole Zimmermann ole.zimmermann@gmail.com



IFSH aktuell

Ausgabe 115
Mai – Juni
2016

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 1/2016: Migration, Sicherheit, Frieden



Die Zahl der Flüchtlinge, die das Mittelmeer überqueren ist weiter erheblich gestiegen. Die Zahl der Todesopfer und Vermissten hat seit 2015 eine Rekordhöhe erreicht. Die häufig propagierte Vorstellung, dass steigende Opferzahlen im Mittelmeer abschreckend wirken könnten, hat sich als Fehlschluss erwiesen. In ihrer Einführung zeigt Patricia Schneider, die für den Themenschwerpunkt „Migration, Sicherheit, Frieden“ verantwortlich ist, empirische Entwicklungen, Argumentationslinien und politische Maßnahmen in Deutschland und Europa auf. Sven Chojnacki und Lisa Paping erklären in ihrem Artikel zum einen die „Hybridisierung“ von Grenzräumen, zum anderen die gleichzeitige „Fixierung“ territorialer, nationalstaatlicher Grenzen. Lorenz Neuberger beschreibt den Balanceakt vieler Staaten am Beispiel Australiens und Kanadas, die versuchen die Anzahl von Asylbewerbern zu minimieren und gleichzeitig ihrer Verantwortung als Verfechter der Menschenrechte nachzukommen. Katharina Götsch analysiert den öffentlichen Mediendiskurs über (potenziell) radikalisierte Muslime in Österreich. Sie beschreibt wie Flüchtlinge und jene Rückkehrer/-innen, die auf der Seite des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak aktiv waren, in den österreichischen Medien als Sicherheitsrisiko präsentiert werden und inwiefern dies den Willen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beeinflusst. Ulrike Krause beschreibt die aus langanhaltenden Konflikten entstehenden Fluchtgründe und analysiert daraus resultierende Probleme. Sie plädiert für eine Anerkennung von Flüchtlingslagern als Postkonfliktsituation. Kathryn Tätzsch fokussiert sich insbesondere auf Binnenvertriebene. Sie diskutiert die Lücken für deren Schutz und gibt konkrete Empfehlungen für langfristige Flüchtlingssituationen. Volker Boege beschäftigt sich mit der Umsiedlung von Gemeinden in Ozeanien als Anpassung an den steigenden Meeresspiegel infolge des Klimawandels. Er erklärt, wie wichtig die Einbeziehung traditioneller Autoritäten und die Berücksichtigung lokaler Gebräuche und Praktiken ist, um gewaltsame Konflikte zu verhindern.

Die Rubrik Forum befasst sich mit politischen Standpunkten zu Migration, Sicherheit und Frieden. Sie enthält Beiträge von Olaf Scholz, Norbert Neuser, Birgit Sippel, Joachim Herrmann, David McAllister, Michael Gahler, Gregor Gysi, Cornelia Ernst, Alexander S. Neu und Reinhardt Bütkofer. In der Dokumentation drucken wir einen Nachruf auf Helmut Schmidt und seinen Einsatz für Friedens- und Sicherheitspolitik von Michael Staack. Des Weiteren veröffentlichen wir das jüngste Positionspapier der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH. „Weißbücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlegendokument der Bundesregierung“.
Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsh.de

The Deep Cuts Commission (eds.), Back from the Brink: Toward Restraint and Dialogue between Russia and the West (Third Report of the Deep Cuts Commission). Hamburg, Moscow, Washington: IFSH, 2016, 40 S.

In ihrem dritten Empfehlungsbericht widmet sich die trilaterale Deep-Cuts-Kommission zunächst dem Thema europäischer Sicherheit. Vor dem Hintergrund der gegenseitigen Aufrüstungsmaßnahmen im und um das Baltikum warnt die Kommission vor einem entstehenden Sicherheitsdilemma, das zu Lasten der Sicherheit aller beteiligten Parteien gehen könnte. Um einem möglichen Rüstungswettlauf in den kommenden Jahren vorzubeugen, empfiehlt die Kommission sub-regionale Begrenzungsmaßnahmen, gekoppelt mit vertrauensbildenden Maßnahmen und zusätzlichen Transparenzmechanismen. Des Weiteren spricht sie sich für eine Beibehaltung der NATO-Russland-Grundakte aus. Im Bereich nuklearer Politiken macht sie Vorschläge zur Überwindung des Stillstands in der Frage der Einhaltung des INF-Vertrags und kritisiert die ungezügelt horizontale und vertikale Verbreitung von nuklear-bestückten Marschflugkörpern. Um eine mögliche Eskalation der Spannungen zwischen der NATO und Russland bis hinauf zum nuklearen Level zu verhindern, plädiert die Kommission für eine gemeinsame US-Russland-NATO-Zelle mit einer direkten Anbindung an die jeweiligen militärischen Führungszentren. Um zusätzlich möglichen Missverständnissen bei den nuklearen Modernisierungsprogrammen Moskaus und Washingtons vorzubeugen, schlägt die Kommission reziproke Begrenzungsmaßnahmen und zusätzliche Transparenzmechanismen vor. Der Bericht ist erhältlich online unter: <http://deepcuts.org/publications/reports>.
Kontakt: Ulrich Kühn kuebn@ifsh.de

